



PRESSEMITTEILUNG

Montag, 5. Dezember 2016

Häusler informiert in Biberbach über Freihandelsabkommen

Obwohl und gerade weil der designierte US-Präsident Donald Trump die Schlagzeilen der letzten Wochen mit Kündigungsausrufen der Freihandelsabkommen TPP und TTIP dominierte, lud der Landtagsabgeordnete Johann Häusler zusammen mit dem FREIE WÄHLER Ortsverband Biberbach in den dortigen Gasthof „Magg“ ein. Der FW Ortsvorsitzende Thomas Fischer stimmte das Publikum anfangs mit einigen offenen Fragen auf den Vortrag ein und konnte die aktuelle unsichere Stimmungslage in der Bevölkerung vortrefflich transportieren.

Als mittelstands- und handwerkspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion möchte der Parlamentarier Häusler, der dem Trump'schen Frieden noch nicht so recht traut und weitere Wendungen bei den Verhandlungen diverser Freihandelsabkommen voraussieht, die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren. „TTIP und CETA gehen im Grunde jeden einzelnen von uns etwas an, da die Abkommen sich auf sehr viele Lebensbereiche auswirken. Für unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger, unsere Kommunen, das Handwerk, den Mittelstand und die Landwirtschaft wird es spürbare Auswirkungen geben“, so Häusler, der als Verfechter von bilateralen Handelsbeziehungen im voll besetzten Saal von Georg Magg auf Chancen und Risiken der Handelspartnerschaften aufmerksam machte.

Als Mitglied im Agrar- sowie Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags berichtete Häusler von seinen Erfahrungen zweier Informationsreise nach Georgia (USA) und Mexiko. Ihm sei es ein Anliegen, die hiesigen Landwirte, die ihre Unternehmen kleinbäuerlich führen, über die deutlichen produktionsbedingten Wettbewerbsnachteile aufzuklären. Denn im Gegensatz zu der heimischen hoch standardisierten Lebensmittelproduktion würde in Amerika der Prozessqualität nur wenig Bedeuten beigemessen. Am Beispiel des allseits bekannten Chlorhühnchens erläuterte Häusler den Gästen dieses Prinzip der Vorsorge: „Während in den USA lediglich das Nachsorgeprinzip zur Anwendung kommt, welches bereits eingetretene Schäden ausgleicht, gilt in Europa das Vorsorgeprinzip basierend auf einer durchgängigen Prozessqualität und Sicherheit im Sinne der Verbraucher.“ Billiges Rindfleisch, das bei Marktverwerfungen mit Hilfe von Aufweichungen diverser Produktionsstandards durch TTIP wieder gewinnbringend verkauft werden soll, sei ein weiteres Beispiel. „Gerade bei Fleisch und Getreide herrscht bereits heute Überproduktion. Trotzdem konnte in einer Studie des US-Agrarministerium errechnet werden, dass Europa seine Exporte nur um rund 0,8 Milliarden US \$ steigern wird, während auf die USA ein sattes Plus von 5,5 Milliarden US \$ wartet“, führt Häusler in Gegenwart des Biberbacher Bürgermeisters Wolfgang Jarasch an.

Auch Handwerk und Mittelstand würden von der Absenkung der jetzigen Standards keinesfalls profitieren. „Bereits jetzt haben wir in Deutschland nur noch 41 Meisterberufe. Wenn wir unsere Ausbildungsstandards weiterhin herabsenken und gar unser bewährtes Kammersystem zur Selbstverwaltung der Handwerksinnungen liberalisieren, hat unser Mittelstand mit einem unfairen Wettbewerb zu kämpfen“, spielt Häusler auf die Nachteile der

**Abgeordneter
Johann Häusler**
Montag, 5. Dezember 2016

**Ausschuss für Wirtschaft und
Medien, Infrastruktur, Bau und
Verkehr, Energie und
Technologie**

**Ausschuss für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

**Handwerkspolitischer
Sprecher**

**Mittelstandspolitischer
Sprecher**

Bürgerbüro
Laugnastraße 17
86637 Wertingen
Tel.: 08272/60 94 244
Fax: 08272/60 94 246
Johann.haeusler@
fw-landtag.de

unterschiedlichen nationalen Rechtsverhältnisse und dem Marktzugang an. Darüber hinaus würden verschiedene Studien zu dem Ergebnis kommen, dass mit der Einführung von TTIP und CETA sehr wahrscheinlich die EU-Exportquote, das EU-Bruttoinlandsprodukt sowie das durchschnittliche Realeinkommen der europäischen Bürger rückgängig sein und knapp 135.000 Arbeitsplätze allein in Deutschland dem Freihandelsabkommen bzw. den aufgeweichten Standards zum Opfer fallen werden. Ein regional ansässiger Unternehmer berichtete Häusler von den auf dem Markt vorherrschenden Unsicherheiten: „Ich exportiere in über 50 Länder dieser Erde und bin gerne bereit, hohe Zölle zu zahlen. Allerdings liefere ich nicht an Firmen in den USA. Als Mittelständler kann ich es mir unter keinen Umständen leisten, durch das dortige Rechtssystem auf mehrere Millionen Dollar verklagt werden zu können“, kritisierte der Mittelständler die amerikanische Rechtsvormacht.

Detailliert erklärte Häusler darüber hinaus die „Mogelpackung Investitionsgerichtshof“ mit seinen vielen Nachteilen. Auch der Deutsche Richterbund warnt in seiner offiziellen Stellungnahme vor der ungenügend qualifizierten Richterernennung und dem wirklichen Sinn solcher supranationalen Gerichte, die sich nach Inkrafttreten u.a. um Zivil-, Verwaltungs-, Sozial und Steuerrecht kümmern würden, die eigentlich auch weiterhin unter nationale Zuständigkeit fallen sollten. Veröffentlichte Studien, die Gerichtsprozesse durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA untersucht haben, zeigen deutlich auf, dass in den meisten Fällen private Investoren ihren Prozess gegen Regierungen gewonnen haben. Besonders bedrohlich erscheint Häusler dabei das Klagerecht mittels Tochtergesellschaften, die nicht im selben Land wie der Mutterkonzern sitzen und dort die jeweiligen ausländischen Regierungen verklagen würden. Am Beispiel Ecuador, das die stolze Summe von 1,7 Milliarden US \$ – oder anders ausgedrückt 3 % des Bruttoinlandsprodukts – für Schadensersatzzahlungen an Investoren aufbringen musste, konnte der TTIP-Sprecher letztendlich nur untermauern, dass „internationale Investitionsgerichtshöfe eine massive Gefahr für unsere öffentlichen Finanzen darstellen.“

In seiner Zusammenfassung lässt Häusler die drei Hauptsäulen erkennen, auf denen die Freihandelsabkommen mit den USA bzw. Kanada stehen: Zum einen das wissenschaftlich basierte Zulassungsverfahren, welches das europäische Vorsorgeprinzip wettbewerbswidrig aushebelt. Auch den regulatorischen Rat mit rund 600 Wirtschaftsvertretern, welche permanent am Verhandlungstisch sitzen, moniert der Abgeordnete stark. Zusammen mit den Investitionsgerichtshöfen (ICS), die die demokratischen Rechte der Länder aushöhlen, bilden diese drei Pfeiler die sogenannte Deregulationskette.

Im Anschluss der Präsentation wurde noch einige Zeit sehr lebhaft diskutiert. Sowohl Landwirte als auch Handwerker und Kleinunternehmer äußerten coram publico ihre Sorgen, aber auch Chancen. „Diskussionen wie heute zeigen doch ein ums andere Mal, dass wir unsere Bevölkerung direkt in solch weitreichende Entscheidungen einbinden sollten“, wirbt Häusler für mehr direkte Demokratie und die Petition der Freien Wähler zur Abstimmung über Freihandelsabkommen, der sich über 25.000 Menschen in Bayern angeschlossen haben. Momentan liegen die Unterschriften dem Bayerischen Innenministerium zur Prüfung vor. Von einer Zustimmung seitens der Staatsregierung wird nicht ausgegangen.